

14. Sept.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 388 890

P/XVI/208 - 14. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Bis zur Weige</u> Von Brentanos Alleingang in New York	47
2 - 3	<u>Was Adenauer immer wieder vergisst</u> Bonn - schönste Hauptstadt Europas?	70
4 - 5	<u>Gut verpackte Musterbonbons</u> CDU-Wahltaktik - kein Ersatz für vorausschauende Sozialpolitik Von Konrad Schayer	68
6	<u>Werkzeitschrift macht CDU-Propaganda</u> Von Fritz Zschiesche, Betriebspolitischer Referent beim Parteivorstand der SPD	43
7	<u>Pionierarbeit für Europa</u> Sozialisten als Schrittmacher	47

Bis zur Neige

Von Brentanos Alleingang in New York

sp - Bundesausserminister Heinrich von Brentano ist nun doch ohne vorherige Konsultierung der entscheidenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik nach New York geflogen, um den "deutschen Standpunkt" bei den nunmehr beginnenden westlichen Vorbesprechungen für kommende Ost-West-Verhandlungen über das Berlin- und Deutschlandproblem zu vertreten. Bis zur Neige folgt dieser Mann damit den Anweisungen des starren Alt-Bundeskanzlers, der nicht will, dass die Stimme des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit bei unseren westlichen Freunden zu Gehör gebracht wird.

- * Weder dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, noch den Mit-
- * gliedern des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, noch
- * den Vertretern der Parteien wurde Gelegenheit geboten, ihren
- * Standpunkt zu den in New York zu erörternden Fragen darzule-
- * gen. Auch wurde niemand darüber unterrichtet, welche Haltung
- * Herr von Brentano dort einzunehmen gedenkt.

Trotz allseitiger und mehrfacher Bemühungen ist es also nicht gelungen, den Ausserminister von der Notwendigkeit der Bildung einer möglichst breiten deutschen Plattform für die kommende Runde der internationalen Deutschlandverhandlungen zu überzeugen.

Wir stellen diesen Tatbestand in aller Sachlichkeit fest, weil wir wollen, dass unser Volk weiss, wie die zur Zeit noch existierende Bundesregierung sogar jetzt noch die grossen Gemeinschaftsaufgaben unserer Nation vernachlässigt.

Hier in Bonn werden Adenauer und seine rechthaberische Politik bereits von der CDU/CSU abgeschrieben. Eine Zeitschrift, die ein CDU-Bundestagsabgeordneter herausgibt, spricht von der "Kanzlerdämmerung in Bonn". Der Chefredakteur der grössten deutschen illustrierten Zeitung mit Millionenauflage vergleicht Wesen und Handlungsweise des Alt-Bundeskanzlers mit dem tragischen Schicksal des weltberühmten Chirurgen Professor Sauerbruch, der an seinem Lebensabend auch nicht mehr Herr seiner Entscheidungen war ...

In den Vereinigten Staaten arbeitet Präsident Kennedy nicht nur mit den Vertretern der Oppositionspartei, sondern auch mit nicht parteigebundenen Fachleuten ersten Ranges Tag und Nacht an einer realistischen Verhandlungskonzeption mit Moskau.

Hier aber in der Bundesrepublik verhält sich die Regierung so, als sei die Zeit stehengeblieben, als existiere der 13. August 1961 nicht und als wüssten wir nicht, dass Chruschtschow und Ulbricht nicht nur mit neuen Gewaltakten drohen, sondern sie auch bereits vorbereiten.

In der Verhaltensweise der Bundesregierung und ihres Bundesausserministers demonstriert sich der mangelnde Sinn für Proportionen. Das ist es, was Willy Brandt und wir Sozialdemokraten meinen, wenn wir - auch völlig unabhängig vom Wahlkampf - vom schlechter und veralteten Stil in der deutschen Politik sprechen und die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte in dem Bemühen um eine gute Ausgangsposition für die wirkungsvolle Vertretung der deutschen Interessen bei den kommenden Ost-West-Verhandlungen fordern.

Was Adenauer immer wieder vergißt

sp - Es wird mit dem Wahlkampf zusammenhängen, dass die seit einigen Monaten in gewissen Bonner Kreisen eifrig genährten Pläne zum weiteren Ausbau des provis. rischen Regierungssitzes nur bruchstückweise das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Allen Meldungen über dieses Vorhaben aber ist gemeinsam, dass der Promotor des Projektes Bonn zu "einer der schönsten Hauptstädte Europas" zu machen der Bonner Wahlkreisangeordnete und derzeitige Bundeskanzler Adenauer ist. Seine eigenen Parteifreunde verfolgen bereits mit Sorgen die Aktivität ihres Spitzenkandidaten, denn sie wissen, wie viele Stimmen sie eine Veröffentlichung des schon ziemlich weit gediehenen Projektes kosten müsste.

In der Tat, der Traum vom grossangelegten Regierungsviertel auf bisher ungebautem Gelände nebst Bahnhof für Staatsempfänge ist eine nicht zu überbietende Geschmacklosigkeit. Während Ulbricht die Hauptstadt der Deutschen mit einer Zuchthausmauer verunziert, plant der Bonner Kanzler den Ausbau seiner Residenz zu "einer der schönsten Hauptstädte Europas". Der Wille zur Wiedervereinigung - liesse er sich trefflicher dokumentieren?

Aber mit Adenauer über sein Verhältnis zu Berlin zu streiten, ist ohne Sinn. Wie es damit bestellt ist, haben die Tage nach dem 13. August gezeigt. So sei hier nur in aller Sachlichkeit darauf verwiesen, dass der noch amtierende Kanzler die Rechnung ohne den Wirt macht.

Alle seine Zusagen an die Gemeindeverwaltungen von Bonn und Umgebung sind, soweit sie die Unterbringung von Bundesministerien betreffen, völlig unverbindlich. Keine Bundesregierung kann an den vom Bundestag am 3. Oktober 1956 beschlossenen Baustop für Bonn vorübergehen:

"Der Bundestag erklärt, dass bereits bewilligte Bundesbauten im Raume Bonn nur noch zur Ausführung kommen sollen, wenn sie schon begonnen sind; bereits bewilligte, aber noch nicht begonnene Bauten (mit Ausnahme von Wohnungsbauten nebst Zubehör) sollen nochmals auf ihre besondere Dringlichkeit geprüft werden. Bei weiterem Bedarf ist zunächst zu prüfen, ob eine miethweise Unterbringung möglich und eine Unterbringung im Raume Bonn unbedingt notwendig ist."

Diesen Beschluss fasste der Bundestag, nachdem eine Zusammenstellung des Bundesfinanzministers im Juni 1956 Gesamtaufwendungen von

237 Millionen DM für das Provisorium Bonn erbracht hatte. (Bonn als Regierungssitz war 1949 bekanntlich mit dem Argument befürwortet worden, hier betrügen die Kosten nur 3,8 Millionen DM!).

Eine sinnvolle Verkehrsplanung für die Stadt Bonn, vor der sich kein vernünftiger Mensch verschliesst, darf nicht zum Hintertürchen für ansonsten dubiose Hauptstadt-Pläne werden. Die betroffene Stadt hat einen Anspruch auf die Hilfe des Bundes zur Lösung ihrer Verkehrsprobleme, an deren Entstehen der Bund nicht unschuldig ist.

Die Funktion der Stadt Bonn, Quartier einer deutschen Regierung zu sein, ist vorübergehender Natur. Wer das nicht wahrhaben will, hat Berlin und den deutschen Osten abgeschrieben. Was aber in Bonn bleibt und den eigentlichen Auf dieser Stadt ausmacht, ist ihre Universität, die eine stolze Tradition besitzt. Diese Hochschule muss seit 12 Jahren im Schatten der Politik leben. Wer für die Zukunft planen will, muss an die Bedürfnisse der Universität Bonn denken.

Ein Bahnhof für Staatsempfänge zwischen Bonn und Godesberg ist ein wirtschaftlicher Unsinn, denn Bahnhöfe baut man für Jahrzehnte, die Studenten aber brauchen ihn dort, wo er jetzt ist. Dasselbe gilt für ein Regierungsviertel mit Prachtstrassen. Richtig ist, was die CDU/CSU-Fraktion mit einem Antrag vom 27. September 1956, der vom Bundestag angenommen wurde, beabsichtigte:

"Die Bundesregierung trifft für die Bonner Bundesbauten folgende Zweckbestimmung:

- * Die dafür geeigneten Bonner Bundesbauten werden nach der Wiedervereinigung als Studenten- und Professorenwohnheime der
- * Universitäten Bonn und Köln sowie als Wohnheime und Studienplätze für ausländische Studenten und Gäste hergerichtet und
- * bereitgestellt. Bei allen Neubauten ist diese Zweckbestimmung
- * bereits bei der Bauplanung zu berücksichtigen."

Wir haben dem kein Wort hinzuzufügen.

Gut verpackte Hustenbonbons

Von Konrad Schayer

Um den bisherigen Bundesarbeitsminister Blank ist es in den vergangenen Wochen still geworden. Er hat sich in jüngster Zeit gar auf beschränkt, Leserbriefe an Tageszeitungen zu schicken, in denen er wärmstens Dinge empfiehlt, wie Förderung der Berufsausbildung, die er als zuständiger Minister versäumt hat. Über die Grundsatzfragen der Sozialpolitik, etwa die heiss umstrittene und heimlich noch immer befürwortete umfassende Selbstbeteiligung an den Kosten der Krankenbehandlung, lässt sich Blank nicht mehr vernehmen. Für ihn ist sein Kollege Erhard eingesprungen. Diesem Umstand verdanken wir drei neue Thesen, die für die Sozialpolitik der CDU/CSU höchst aufschlussreich sind:

1. Die ausländischen Arbeitskräfte seien ein Gegenpol zur angeblich sinkenden Arbeitsmoral der deutschen Arbeiter. Wörtlich hatte Erhard in Köln am 20. Juni erklärt: "Jetzt ist es so, dass die ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik so etwas wie ein stabilisierendes Element hinsichtlich Pünktlichkeit und Arbeitsmoral darstellen."
2. Die soziale Sicherung "schafft nur Pfunde, aber sie nützt weder den Bedürftigen noch den Strebsamen". (Aus einer Wahlanzeige Erhards vom Juni dieses Jahres)
3. "Der Hustenbonbon braucht nicht durch eine Mammutbürokratie verwaltet zu werden." (Erhard am 31. Mai in München und am 2. Juni in Hamburg)

Bei allen drei Thesen geht es Erhard darum, die Behauptungen der CDU zu untermauern, dass die "Grenzen des sozialen Rechtsstaates bereits erreicht" seien. Der Sozialstaat solle nicht ausgebaut, sondern abgebaut werden.

Eine Kommentierung dieser Thesen erübrigt sich. Sie sprechen für sich. Sie zeigen, was die CDU-Führung von den Menschen hält, die unter Aufopferung ihrer Gesundheit den wirtschaftlichen Aufstieg zuwege gebracht haben. Sie zeigen, was die CDU-Führung von der sozialen Sicherung hält - Erhard unschreibt sie abschätzig als "kollektive Verwaltung des Wohlstands" -, die für Millionen alte, arbeitsunfähige und kranke

Menschen heute die alleinige Existenzgrundlage ist.

Gerade jenes Wort von den Hustenbonbons ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie bedenkenlos die CDU-Führung in der Wahl der Mittel ist, wenn es gilt, den sozialen Rechtsstaat schlecht zu machen. Denn in Wirklichkeit ist die soziale Krankenversicherung gar nicht zum Verteilen von Hustenbonbons da, sondern zur Heilung von Krankheiten und zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz im Krankheitsfall. Das Verschreiben von Hustenbonbons ist weder köchlich noch überhaupt gesetzlich zulässig.

Angesichts dieses Tatbestandes gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder wusste Erhard, dass seine Behauptung von der Verteilung von Hustenbonbons nicht stimmt. Dann war seine Äusserung eine eiskalte Spekulation auf die Dummheit.

Oder aber: Erhard war im guten Glauben und sich der Unrichtigkeit seiner Äusserung nicht bewusst. Dann muss man sich fragen: Warum spricht der Herr Minister von Dingen, von denen er nichts versteht?

Natürlich passt die Attacke gegen den Sozialstaat nicht in die Schlussphase des Wahlkampfes. Hierfür ist vielmehr einiges vorgesehen, was Herr Erhard vorher als "Sünde" bezeichnet hat. Dazu gehört die Auszahlung von Kindergeld für das zweite Kind in Familien mit einem Einkommen unter 600,- DM einschliesslich einer netten Nachzahlung, zugestellt per Post frei Haus. Dazu gehört auch die wenige Tage vor der Bundestagswahl erfolgte Ankündigung einer 5-prozentigen Erhöhung der Altrenten, eine Rentenerhöhung, die übrigens angesichts der Steigerung des Sozialproduktes um 11,3 Prozent im vergangenen Jahr kaum eine soziale Großtat ist. Erhards Hustenbonbons hat man nun aber gut verpackt und mit der Aufschrift "Mutti wählt CDU" versehen unter das junge Volk verteilt. So hat sich schliesslich doch noch eine Bürokratie der Verteilung von Hustenbonbons angenommen.

Aber auch eine noch so raffinierte Wahlpolitik ist kein Ersatz für eine vorausschauende Sozialpolitik. Mutti ist darum gut beraten, wenn sie sich an die Devise Willy Brandts hält: "Wir wollen die Bundesrepublik zu einem sozialen Bundesstaat machen, in der es keine Stiefkinder mehr gibt."

Werkzeitschrift macht CDU-Propaganda

Von Fritz Zschiesche, betriebspolitischer Referent beim Vorstand d. SPD

Es ist sicher sehr nützlich von Zeit zu Zeit Rückblick zu halten, und es ist auch gut, den Jüngeren unter uns, anhand der geschichtlichen Ereignisse und durchstandenen Kämpfe klarzumachen, dass die heute zu Selbstverständlichkeiten gewordenen sozialen und wirtschaftlichen Erfolge den Arbeitnehmern nicht kampflos in den Schoos gefallen sind.

Was sich aber die von der Phoenix Gummiwerke AG als Hauszeitung für ihre Mitarbeiter herausgegebene "Phoenix-Rundschau" in ihrer Ausgabe 7/8 von Juli/August 1961 unter dem Titel "Erinnern Sie sich noch?" einfallen liess, bedeutet übelste politische Stimmungsmache zugunsten einer Partei. Wie dies noch mit dem Betriebsverfassungsgesetz in Einklang gebracht werden kann, wonach Arbeitgeber und Betriebsrat jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen haben, ist eigentlich eine Plage, die einmal auf Antrag des Betriebsrates vom zuständigen Arbeitsgericht geklärt werden müsste.

Nachdem man in diesem Artikel zunächst die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit vor 30 Jahren mit den grossen Bankenkrachs des Jahres 1931 und den darauf durch Notverordnungen erfolgenden Lohn- und Preissenkungen einerseits und Diskonterhöhungen andererseits begründet, wird dann festgestellt, dass auf diesem Wege "der Marsch in das 'Dritte Reich' - und in der zweiten Weltkrieg" begann. So weit - so gut!

Aber dieser Werkzeitschrift kam es auf ihrer Jubilarseite gar nicht so sehr darauf an, diese schwere Zeit den alten Mitarbeitern noch einmal in Erinnerung zu rufen und den jungen Betriebsangehörigen als geschichtliche Erfahrung zu vermitteln. Das war gewissermassen nur der journalistische Aufhänger für die massive politische Beeinflussung zugunsten einer Stimmabgabe bei der bevorstehenden Bundestagswahl für die CDU. Wie anders sollte man sonst die Mahnung des letzten Absatzes dieses Artikels verstehen, dass es nur nützlich und gut sein könne, an die Julitage von 1931 zurückzudenken, um wörtlich zu schliessen: "Erst dann erhalten wir den richtigen Massstab für das deutsche Wirtschaftswunder und können ermessen, welchen Wandel die soziale Marktwirtschaft Erhards vollbracht hat."

Dieses angeblich einseitige Verdienst Erhards am wirtschaftlichen Aufschwung so kurz vor der Bundestagswahl und so dick den Arbeitnehmern aufs Butterbrot zu schmieren, getraut sich nicht einmal der Bundeswirtschaftsminister in seinen Wahlreden; denn das nimmt ihm heute keiner mehr ab. Aber auf eine so plumpe Weise der derzeitigen Bundesregierung von Arbeitgeberseite Wahlhilfe leisten zu wollen, muss selbst den indifferentesten Arbeitnehmer verärgern und wird ihn veranlassen, am 17. September seine Stimme der SPD zu geben.

Pionierarbeit für Europa

ler - Es ist eine Binsenwahrheit: kein Land in Europa, mag es politisch noch so bedeutsam und wirtschaftlich noch so stark sein, kann allein für sich bestehen. Es ist auf die Zusammenarbeit mit anderen Ländern angewiesen. Die Zeit, in der europäische Staaten Gross- oder Weltmachtpolitik betrieben, ist endgültig vorbei. An die Stelle Europas sind mächtige Grossreiche getreten, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Zwischen den beiden Blöcken kann sich Europa nur als Ganzes behaupten, in sich zerrissen und aufgesplittert würde es zur Bedeutungslosigkeit herabsinken.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Frankreich, Italien, die Bundesrepublik Deutschland und die Beneluxstaaten) ist ein verheissungsvoller Ansatz, jahrhundertalte Gegensätze und Zwistigkeiten zu überwinden. Ihn zu erweitern und zu vertiefen bleibt die Aufgabe von heute und morgen. Ihr widmen sich die sozialistischen Parteien Europas mit besonderem Fleiss und dem gebotenen Ernst. Sie begnügen sich nicht mit der Verabschiedung von Entschliessungen, auch nicht mit der Bekundung guten Willens, sie suchen nach praktischen Möglichkeiten, den Zusammenschluss Europas zu fördern, wobei sie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als nützliche Ausgangsbasis betrachten. Ein Europa, nur auf die sechs Länder beschränkt, wäre ein Torso, wäre weder Halbes noch Ganzes.

Die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments hat mit besonderer Genugtuung die Bereitschaft Grossbritanniens und Dänemarks begrüsst, der EWG beizutreten. Zwischen der Bereitschaft und ihrer Verwirklichung liegt freilich ein steiniger Weg, den zu verkürzen es viel Schweiss und Mühe erfordert. Der freiheitliche Sozialismus ist von seinem Ursprung und seiner Zielsetzung her zur Pionierarbeit auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit prädestiniert. So haben die europäischen Sozialisten auch Verständnis für die besonderen Schwierigkeiten, die sich aus einem Beitritt oder aus einer Assoziation Grossbritanniens zur und mit der EWG ergeben.

Dieser Entschluss ist Grossbritannien gewiss nicht leicht gefallen, ihm gingen die britische Öffentlichkeit tief aufwühlende Diskussionen voraus. Nun kommt es darauf an, nachdem diese Grundentscheidung gefallen ist, sie nicht in endlosen Verhandlungen wieder zerrinnen zu lassen. Innerhalb der EWG gibt es mächtige konservative, mit dem Blick in die Vergangenheit gerichtete Kräfte und Strömungen - die sogenannten Abendländer gehören dazu - die lieber unter sich sein möchten und vom Beitritt Grossbritanniens gar nicht erbaut sind.

Diesen Strömungen setzt sich die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments mit Entschiedenheit entgegen. Das hat ihre kürzliche Tagung in Frankfurt, von der Öffentlichkeit leider zu wenig beachtet, bewiesen. An ihr haben erstmals auch Vertreter der britischen Labourparty und der dänischen Sozialdemokratie teilgenommen. Von dieser Tagung werden belebende Impulse in Richtung einer Beschleunigung des Baues an Europa ausgehen. Auch hier drängt es zur Eile, verlangt es nach Taten.

Europa kann sich, sofern es an sich selbst glaubt, nicht mehr leisten, seine Zusammenführung durch partikularistische Interessen oder antiquierte Besonderheiten zu blockieren. Das haben die europäischen Sozialisten schon lange erkannt und sie sind sich ihrer Verantwortung und Rolle als Pioniere und Schrittmacher Europas wohl bewusst.